

Erscheint täglich mit Ausnahme des Sonntags.

Die „Gießener Familienblätter“ werden dem „Anzeiger“ viermal wöchentlich beigelegt, das „Kreisblatt für den Kreis Gießen“ zweimal wöchentlich. Die „Landwirtschaftlichen Zeitfragen“ erscheinen monatlich zweimal.

# Gießener Anzeiger

## General-Anzeiger für Oberhessen

Rotationsdruck und Verlag der Preussischen Universitäts- und Steindruckerei.  
R. Lange, Gießen.

Redaktion, Expedition und Druckerei: Schulstraße 7, Expedition und Verlag: 535 51.  
Redaktion: 535 112. Tel.-Nr.: Anzeiger-Gießen.

### Zentrumsverlegenheit.

Die Zentrumsverlegenheit ist ob der Indizierung ihres hiesigen Parteiführers W a d e r in größter Verlegenheit. Sie stellt es so dar, als ob es sich dabei um die harmloseste Geschichte der Welt handle; „die Autoren verbotener Bücher“, so schreibt die „Germania“, „würden, auch wenn sie dem Wunsche der Kirche, sich zu unterwerfen, nicht nachkommen, nicht weiter belästigt“. Dennach wäre eigentlich der ganze Fall schon erledigt, denn wenn Herr Wader nicht weiter „belästigt“ wird, wozu braucht man dann von der Sache soviel Aufhebens zu machen. Diese Argumentation hat doch manderlei Löcher. Einmal ist der Index für einen Katholiken doch keine so geringfügige Sache, wie das das Berliner Zentrumsblatt darstellen will. Das geht schon aus dem Namen der Behörde hervor, die die Maßnahme verfügt hat. Sie heißt: „Kongregation der für Aufstellung des Verzeichnisses der Bücher mit verderblicher Lehre und für deren Achtung verordneten Kardinele.“ Herr Wader hat also, das ist der Sinn der Indizierung, mit seiner Schrift eine verderbliche Lehre verbreitet, die durch den Beschluß der Kongregation geächtet ist, „so daß hinfort niemand dieses Schriftchen in irgend einer Sprache wieder herauszugeben oder das Herausgegebene zu lesen oder zurückzubehalten wagen darf“, bei Vermeidung der von Fall zu Fall festzusetzenden Strafe. Wenn das für Herrn Wader keine „Belästigung“ ist, dann wirft das auf sein Verhältnis zu Rom zum mindesten ein eigenartiges Licht.

Zum zweiten wird mit Herrn Wader zweifellos das Zentrum mitgetroffen. Das sucht zwar die Presse dieser Partei mit aller Dialektik zu befreiten, sie findet aber damit — von der „Kreuzzeitung“ und wohl auch von der „Deutschen Tageszeitung“ abgesehen — nirgends Glauben. Mit Recht wird gegenüber dem Einwand, daß die Wadersche Schrift nur ein Teil der Broschüre „gegen die Quertreiber“ sei, auch von der „Deutsch-Evangel. Kor.“ darauf hingewiesen, daß der Wadersche Aufsatz gerade das Kernstück der ganzen Essener Kundgebung der deutschen Zentrumsparthei gegen die Quertreiber ist. „Waders Aufsatz“, so schreibt die genannte Korrespondenz, „füllt die Seiten 12—42 des Heftes, in dem vorher nur einleitende Ausführungen und nachher neben einigen Zustimmungserklärungen und telegraphischen Rundgebungen nur noch die nur sechs Seiten lange Rede des zweiten Essener Redners, Oberlandesgerichtsrats Marx, und des Schlusswortes des Vorsitzenden, Justizrats Dr. Bess, stehen! Und hat man nicht den Ausführungen, die der „Feldmarschall von Baden“ damals gehalten hat, begeistert zugestimmt als „trefflichen Ausführungen“, die, wie noch einmal das Schlusswort des Vorsitzenden bestätigte, „ihre markante Bedeutung dadurch erhalten, daß sie weit über die Wände dieses Saales hinaus im ganzen deutschen Vaterlande lebhaften Widerhall finden werden?“

Es gehört eine sonderbare Dialektik dazu, wenn man es seitens des Zentrums ablehnt, diese Indizierung Waders keinesfalls als eine Aktion gegen die für die deutschen Katholiken notwendige Abwehr der Quertreiber aufzufassen und darin eine neue Niederlage der „Kölner“ zu sehen, die sie doch unklar ist. Diese Niederlage kann man auch nicht dadurch abwenden, daß man mit der „Augsburger Postzeitung“ und anderen Organen davon warnt, der Indizierung eine zu große Bedeutung beimessen, da diese doch keineswegs den Schriftsteller an den Pranger stellen oder bestrafen soll, sondern nur „zum Schutze der Gläubigen“ da sei. Man verliert hier, in bemerkenswerter Parallele zu der bekannten Münchener Antinindizierung, die vor einiger Zeit von sich reden machte und den Index als überlebt ganz abgeschrieben wissen wollte, die Bedeutung einer kirchlichen Neuerung herabzuschrauben! Aber sollte dies nicht römischerseits wieder als „verehrte Lehre“ und Auflehnung gegen die geforderte Abhängigkeit gedeutet werden müssen, d. h. also als das Verbrechen, das offenbar zu der Verurteilung der Waderschen Rede bzw. der Zentrumskundgebung den Anlaß gegeben hat? Man kann die Klust, die zwischen dem „nicht kirchlichen“ Zentrum und dem integralen Rom besteht, nicht dadurch überbrücken, daß man Roms Urteil geringer einschätzt, als es lautet, oder daß man von der verurteilten Schrift, mit der man doch innerlich übereinstimmt, äußerlich abtrifft, sondern nur dadurch, daß man sich auch als „politische“ Organisation der römischen kirchlichen Autorität unterstellt. Das hat Rom als seinen Willen kundgetan!

### Hessische Zweite Kammer.

ab. Darmstadt, 10. Juni.

Am Regierungstische: Minister des Innern v. Homberg, Staatsrat Siefert, Ministerialrat Dr. Krab, später Staatsminister Dr. v. Ewald.

Präsident Köhler eröffnet die Sitzung um 9.20 Uhr.

Das Haus setzt die Beratung über den Antrag Ulrich und Genossen, betr.

### Die nationale Einheitschule

Abg. Ulrich (Soz.) legt die Notwendigkeit einer nationalen Einheitschule näher dar. Es müsse darnach getrebt werden, eine gemeinsame Grundlage der Bildung für alle jungen Leute zu schaffen; die Schule solle jedem offen stehen und die Möglichkeit zur Erreichung auch der höchsten Stellen schaffen, der dazu Talent und Befähigung besitzt. Die liberale Strömung in den 70er Jahren habe dazu beigetragen, daß wir einem wirklich liberalen Schulprogramm nahegekommen sind. Abg. Urstadt habe zugehört, daß alle Mittel- und Höheren Schulen Fehler waren, aber dabei eine merkwürdige Konsequenz entwickelt. Die nationale Einheitschule werde auch den Klassendünkel herabdrücken und durch den Umgang der Söhne der Reichen mit denen des Arbeiters einen gewissen Ausgleich der Gegensätze und eine größere Gleichberechtigung herbeiführen. In den Beschlüssen des Kieler Lehrertages sei zum ersten Male der klare Gedanke einer nationalen Einheitschule zum Ausdruck gekommen und es sei erfreulich, daß wenigstens die berufenen Vertreter der Schule die Schwächen der gegenwärtigen Schulverfassung anerkannt haben. Wir wollen nicht mit einem Sprung gleich alle Mängel beseitigen, dazu sind wir nicht utopisch genug. Zunächst müßten die Volksschulen besichtigt und die Mittelschulen und höheren Bürgerschulen eingeschränkt oder aufgehoben werden. Der Redner ging dann auf zahlreiche Einzelheiten über das Verhältnis zwischen Lehrer, Schüler und Eltern näher ein und erzählte unter

der Beiseite des Hauses viel von seinen eigenen Erlebnissen als Volksschüler und Pädagoge. Zum Schluß gab er noch eine detaillierte Begründung der einzelnen Forderungen seines Antrags, der immer wiederkehren würde, bis das Ziel erreicht sei.

Staatsrat Siefert weist in einer längeren Darlegung darauf hin, daß er schon vor drei Jahren sich ziemlich eingehend zur Sache geäußert und besonders die soziale Seite der Frage besprochen habe. Er könne auch heute kaum etwas Neues vorbringen. Es ist insofern eine kleine Änderung eingetreten, als der Ausschuss jetzt mit 4 gegen 3 Stimmen sich für Punkt 2 des Antrags, die Aufhebung der Volksschulen, ausspricht, resp. vorschlägt, neue Volksschulen nicht zu errichten und Staatsmittel dafür nicht zu bewilligen. In allen anderen Punkten beantragt der Ausschuss auch diesmal wieder Ablehnung des Antrags. Die Regierung prüft bei jedem neuen Vorschlag, ob für die Aufrechterhaltung der Volksschulen ein Bedürfnis vorliegt. Ihre Aufhebung würde auch für die Städte einen erheblichen Anstieg an Schulgeld bringen und sie zu einem bedeutend größeren Aufwand für die höheren Schulen zwingen und eine Anzahl kleinerer Volksschulen direkt in ihrer Existenz gefährden. Abg. Ulrich wünscht die Aufhebung der Volksschulen, weil sie nicht dem Gedanken der Einheitschule entsprechen. Dieser Gedanke stammt aber nicht von der Sozialdemokratie, sondern ist schon ein alter Traum von Pädagogen vor 100 Jahren. Die Gumnasialdirektor Müller in einem Buche urteilt, ist der Pädagoge Wilhelm Bellmann zu Friedberg schon im Jahre 1819 für die Einheitschule eingetreten und hat dafür eine längere Begründung gegeben, die der Redner verliest. Nach der Befreiung der Kieler Lehrerverammlung ist nicht nur, der Gedanke der Einheitschule ist schon auf der Kieler Versammlung 1904 verankert worden. Das neueste zur Begründung des Antrags ist nun die Auswahl der Schüler nach der Befähigung. Das ist ein idealer Gedanke. Wir leben aber noch nicht in einem sozialdemokratischen Staat, sondern in einer Ära der Privatwirtschaft und haben mit den sozialen Verhältnissen zu rechnen. Und wer soll die Auswahl treffen? Wer soll die Kosten der Vorbereitung für die wissenschaftlichen und höheren Berufe tragen? Derartige Vorarbeiten sollen sich nicht geltend lassen, und dem Lehrer die Gewalt zu übertragen, über die Zukunft der Kinder im Elternhause zu bestimmen, ist doch wirklich nicht wohl anzuhängen. Dem Verlangen des Antrags, den fremdsprachlichen Unterricht bis zum 12. Lebensjahre hinauszuschieben, hat die Regierung stets ein bestimmtes Recht entgegengebracht und sie wird das auch in Zukunft tun auf pädagogischen Gründen. Welche das, dann müßten wir die Ziele der höheren Schulen klar bezeichnen, und das können wir schon mit Rücksicht auf die anderen Staaten nicht tun. Wir würden damit die ganze Kultur unseres Landes aufs Äußerste gefährden und dem deutschen Volke einen Stich ins Herz versetzen. (Lebhafte Zustimmung.) Weiter wird gesagt, man muß die Ziele der Volksschule höher schrauben. Jeder, der mit der Volksschule zu tun hat, der weiß, daß alles geschieht, um den jungen Menschen mit einem tüchtigen Fonds von Kenntnissen auszurüsten, ein Recht wird kaum möglich sein. Die Volksschulen bestehen bereits, aber auch diese jungen ihren Unterricht in der fremden Sprache bereits in der untersten Klasse an. Für die Einrichtung eines Reform-Gymnasiums haben wir einen Versuch gemacht, aber keine Gegenliebe damit gefunden. Es ist nicht wahr, wenn behauptet wird, unsere Volksschuleraziehung sei keine nationale. Sie ist eine solche und wird es auch bleiben. Die Aufgaben der Schulen sind doch ganz verschieden. Die Volksschule soll praktische Menschen erziehen und für einen praktischen Beruf vorbereiten, die höheren Schulen sollen für die wissenschaftliche Arbeit vorbereiten. Der Redner geht nun auf die einzelnen Ausführungen des Abg. Ulrich näher ein und betont: Wir brauchen intelligente und praktische Köpfe in allen Ständen und Berufen, auch in der Landwirtschaft, dem Handwerk und dem Arbeiterstande, und zur Heranbildung derselben sind ausnahmslos die sozialen Verhältnisse. Die Erfahrungen, die man anderwärts mit der Einheitschule gemacht hat, können auch nicht ermutigen. Die Schule ist doch vor allem eine Unterrichtsanstalt, aber der als wichtiger Faktor der Erziehung das Haus steht. Der Mensch ist wesentlich ein Produkt seiner Umgebung und die Schranken, die in sozialpolitischer und religiöser Beziehung vorhanden sind, werden nicht beseitigt durch die Einheitschule. Wenn die Herren, die jetzt für die Einheitschule eintreten, immer so ruhig und persönlich reden wie heute, dann werden sich viel eher die Unterschiede abzeichnen. Wenn man uns immer das Ausland vorhält, so sei bemerkt, daß gerade aus der Schrift eines Schweizer Pädagogen zu ersehen ist, wie man auch dort recht schlechte Erfahrungen mit der Einheitschule gemacht hat. In München, wo die Volksschule steht, ist der Erfolg der, daß die oberen Klassen der Volksschulen entvölkert und die unteren Klassen der höheren Schulen mit ungeeigneten Elementen überfüllt sind. Untere höhere Schulen werden gewissermaßen auch sozial und sie werden zum großen Teil auch von Kindern aus dem Volk besucht. Wir haben seit 1910 in Hessen 1371 neue Schulklassen geschaffen und die Schülerzahl in den einzelnen Klassen ist ganz außerordentlich herabgemindert worden. Das spricht doch deutlich dafür, daß wir in unsem Schulwesen erfolgreich vorwärtsschreiten. Der Redner ist in Frankfurt hat sich ebenfalls mit der Frage der Einheitschule zu beschäftigen gehabt und er hat sich dabei ausgesprochen, daß er aus reinen pädagogischen und sozialpolitischen Gründen diese Schulform entschieden ablehnen müsse. Die Abschaffung der Volksschule würde nicht ein soziales Recht sein wie der Redner behauptet, sondern ein soziales Unrecht schaffen. Wenn aus den Volksschulen wirklich 2000 Kinder unter die 200000 Volksschüler zerstreut werden, so soll man sich doch nicht einbilden, daß dadurch ein sozialer Ausgleich herbeigeführt werden kann. Die Abschaffung der Volksschule geht nicht von uns aus, sondern wird gerade von den Sozialdemokraten betrieben. Denn sie sind es, welche die Kinder der Arbeiter von der Organisation des Jugenddeutscherbundes fernhalten. Wir waren bereit, sie aufzunehmen, aber man hat es einfach abgelehnt. Sie sind zu schiden. (Auf: Da wären wir auch schon dumm!) Der Redner erwidert zum Schluß seiner mit gedauert Aufmerksamkeit verfolgten Rede nochmals, entgegen dem Antrag des Ausschusses auch Punkt 2 über die Aufhebung der Volksschulen abzulehnen und dem Ausschussantrag entsprechend auch die übrigen Punkte des Antrags abzulehnen.

Nach einer längeren Pause führt Abg. U e b e l (Str.) aus, durch die vortrefflichen Darlegungen des Herrn Staatsrats erübrige sich für ihn ein beträchtlicher Teil seiner Ausführungen. Auch er müsse die Ausführungen des Abg. Ulrich entschieden ablehnen, die keinerlei neue Gesichtspunkte gebracht hätten. Der Abg. Ulrich habe nur oberflächliche Betrachtungen angestellt und sich vielerlei Anfeindungen zu Schulden kommen lassen. Mit seinem Wort wird jetzt in Deutschland mehr Mißbrauch getrieben, als mit dem Worte „nationale Einheitschule“. Nur wer die Schule zum Tummelplatz der Parteipolitik machen will, kann den sozialdemokratischen Forderungen beitreten. Die Sozialdemokraten wollen damit nur das hässliche Schulmonopol in der trassischen Form, eine hässliche Omnipotenz des ganzen Erziehungswesens, sowie die konfessionelle Schule und drängen dabei weiter auf Trennung von Kirche und Schule, wozu aber vorläufiger Hand in dem Antrag nichts angedeutet wird. (Heiterkeit und Lärm.) Es ist das Streben der Sozialdemokraten, das ganze nationale Leben in die Form der Einheitschule hineinzuschieben. Das würde aber den Untergang aller Fortschritte und jeder tieferen Bildung bedeuten. Die sozialdemokratischen Anträge sind nicht sozial, sondern sozialistisch und geizig, jeden Fortschritt auf dem Gebiete des Erziehungswesens zu unter-

binden. Zu verwundern bleibt nur, daß sich zum Teil auch die liberalen Parteien von dem Antrag trennen ließen, der doch den wirklichen liberalen Ansichten gar nicht entspricht. Liberal ist die Einheitschule jedenfalls nicht, sie liegt aber auch nicht im Interesse der sozialdemokratischen Partei, selbst nicht für ihren Zukunftsstaat. (Heiterkeit.) Wenn man die Religion aus der Schule ausschließen will, so ist das im höchsten Maße unpädagogisch und beweist nur, welche Stellung die Sozialdemokratie der Religion gegenüber einnimmt. Abg. Urstadt hat sich zwar ebenfalls mit Wärme für die Einheitschule ausgesprochen und sich dabei auf die Beschlüsse des Kieler Lehrertages berufen. Aber er hat sie doch ihrer beschränkten Reichweite entkleidet. Sein Ideal scheint eine direkte Spitze gegen die katholischen Privatschulen zu haben, und er fürchtet, daß katholische Schüler auch von katholischen Lehrern unterrichtet werden sollen. Demgegenüber ist daran zu erinnern, daß der bekannte Jugendreformer Dr. Krichensteiner die Nichtberücksichtigung der Konfession beim Unterricht und die Aufhebung der Privatschulen als verfehlt bezeichnet habe. Abg. Urstadt scheint sich seinen ehemaligen Parteifreund Schröder zum Vorbild genommen zu haben, der i. H. jeden Katholiken als unfähig zur Bekleidung eines Staatsamtes bezeichnet hat. Der Abg. Urstadt kann aus seinem Herzen keine Rödergrube machen und wir wissen es ja und haben es gestern gesehen bei den Erdenanträgen, daß in der Freisinnigen Kulturkampfzeit weht. (Widerspruch bei den Freisinnigen.) Ich glaube aber, daß die Zeit nicht mehr fern ist, in welcher der Freisinn in der roten Flut untergehen wird. (Beifall und Gelächter.)

Als nächster Redner wird Abg. Bach aufgerufen. Da er aber erkrankt, längere Ausführungen machen zu wollen, wird die Verhandlung abgebrochen.

Die Fortsetzung erfolgt Freitag, vormittag 10 Uhr.

### Aus dem preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 10. Juni.

Die Annahme der preussischen Besoldungsliste konnte nach dem Verlauf der ersten Lesung und dem Standpunkt, den der Ausschuss, an den die Vorlage verwiesen wurde, eingenommen hat, nicht mehr zweifelhaft sein. Die bürgerlichen Parteien waren zwar von vornherein der Meinung, daß die Vorlage nicht weit genug gehe und daß sie die berechtigten Wünsche zahlreicher Beamtenkategorien unberücksichtigt lasse; nachdem aber die Regierung erklärt hatte, daß die Vorlage, falls sie eine Erweiterung erfahren sollte, für sie unannehmbar sei, fanden die Parteien lediglich vor der Frage: Wollen wir in schöner, aber unpraktischer Konsequenz auf unsere Wünsche bestehen und uns mit der Verantwortung dafür belassen, daß das Geleg scheitert und 174000, sich mühen durchs Leben schlagende Beamtenfamilien der Gehaltsaufhebung verlustig gehen, die ihnen anderfalls sicher gewesen wäre? Im Reichstage haben ja allerdings Zentrum und Sozialdemokraten diese schwerwiegende Frage mit Ja beantwortet. Im Abgeordnetenhaus aber konnte man sich zu dieser Höhe streifenloser Verbitterung nicht aufschwingen, und auch das Zentrum sog hier vor, andere Wege zu wandeln als die Reichstagsfraktion und sich mit dem Erreichbaren zu begnügen. Ja, selbst die Sozialdemokraten, von denen es noch bis in die letzten Tage hinein hieß, daß sie auch hier das Prinzip der Unentwegtheit hochhalten würden, die jedenfalls im Ausschuss noch an ihrem ablehnenden Standpunkt festgehalten, hatten sich im letzten Augenblicke noch eines besseren besonnen.

Das einzige, was die Parteien nach dem „Unannehmbar“ der Regierung noch tun konnten, war die Fassung einer Entschlieung, durch die in erster Linie die baldigste Vorlegung eines Besoldungsentwurfes gefordert wurde, durch den die bei einzelnen Kategorien von Beamten seit der letzten Besoldungsänderung hervorgetretenen Mängel, Härten und Ungleichheiten beseitigt werden. Und weiter forderte die Entschlieung einen Gehaltentwurf, durch den die Lage der Beamten mit kinderreichen Familien erleichtert und der Wohnungsgeldzuschuß in einer die bisherigen Anzutragslichkeiten ausgleichenden Weise geregelt wird.

Im einzelnen brachte die heutige Aussprache nichts Neues. Die einzelnen Redner bedauerten nochmals die Mängel und Unzulänglichkeiten der Vorlage, erklärten indes, um sie nicht zu gefährden, auf weitergehende Wünsche zu verzichten, und traten im übrigen lebhaft für die Entschlieung ein. Die Vorlage, die bekanntlich schon vom 1. April d. J. an wirksam sein soll, wurde nebst der Entschlieung des Ausschusses einstimmig angenommen. Ein Antrag Arnolds (Nst.), in Erwidung darüber einzutreten, ob und inwieweit eine geordnete Krankenfürsorge für Beamte erforderlich und durchführbar ist, wurde dem Budgetausschuss überwiesen. Das Haus überwies noch eine Anzahl Gutachten zur Besoldungsordnung der Regierung zur Erwägung und vertagte sich dann auf Freitag mit der Tagesordnung: Dritte Beratung der Besoldungsvorlage und Fideikommissgesetz.

Dem Abgeordnetenhaus ist am Mittwoch ein Antrag der Staatsregierung zugegangen, in eine Vertagung des Landtags bis zum 10. November d. J. einzuwilligen mit der Maßgabe, daß vier Ausschüsse ermächtigt werden, während der Vertagung ihre Arbeiten fortzusetzen.

### Der russische Getreidezoll.

Das russische Gesetz über die Erhebung eines Zolles auf Getreide tritt am Samstag, den 13. Juni, in Kraft. Bisher war Getreide in Rußland zollfrei, während auf Wehl 45 Kopelen pro Pud brutto (5,4 Mt. für 100 Kilogramm) erhoben werden. Nach Finnland konnten sowohl Wehl wie Getreide zollfrei eingeführt werden. Künftig wird in Rußland ein Zoll von 30 Kopelen pro Pud brutto (3,96 Mt. für 100 Kilogramm) auf Getreide in Körnern, sowie auf Erbsen und Bohnen erhoben werden. Mit der Einführung dieses Zolles wird die deutsche Getreideausfuhr nach Rußland ihr Ende erreicht haben. Im letzten Jahre haben wir für rund 40 Mill. Mt. Getreide, hauptsächlich Roggen, nach Rußland (ohne Finnland) geliefert, und im laufenden Jahre hat, in Erwartung des kommenden Zolles, diese Ausfuhr noch etwas zugenommen. Selbstverständlich ist aber unsere Einfuhr von russischem Getreide viel größer, und es muß hervorgehoben werden, daß es sich bei unseren Lieferungen nach Rußland zum großen Teil um Grenzverkehr und um Austauschsendungen gehandelt hat. Gerade durch den letzten Handelsvertrag haben wir Rußland besondere Zugeständnisse für seine Getreidezufuhr nach Deutschland gemacht. Wir haben den Zoll auf russische Futtergerste bedeutend ermäßigt, und insofern ist die Gerste-Einfuhr aus Rußland nach Deutschland gewaltig in die Höhe gegangen. Den Getreidezoll hat Rußland jetzt lediglich deshalb eingeführt, um die Getreidezufuhr aus Deutschland zu unterbinden. Ob die russische Landwirtschaft einen Vorteil davon haben wird, ist sehr zweifelhaft. Unbedingt nachteilig wird der Zoll auf die russische Getreidemüllerei wirken. Auch die Kleie-Ausfuhr Rußlands nach Deutschland wird darunter leiden.

## Statistik der Kraftfahrzeuge.

Die Reichsstatistik veröffentlicht Uebersichten über den Bestand an Kraftfahrzeugen im Deutschen Reich am 1. Januar 1914, den Verkehr ausländischer Kraftfahrzeuge im Reichsgebiet und die Unfälle beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen in der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913, endlich eine Reihe von Gegenüberstellungen zwischen dem Bestand an Kraftfahrzeugen und den vorgekommenen Unfällen.

Am 1. Januar 1914 wurden im Deutschen Reich 93 072 Kraftfahrzeuge, gegen 77 789 im Vorjahre, festgestellt. Die Zunahme gegen das Vorjahr beträgt somit 15 283 Kraftfahrzeuge = 19,6 v. H. Von den 93 072 Kraftfahrzeugen dienen 83 333 = 89,5 v. H. dem Personen- und 9 739 = 10,5 v. H. dem Lastenverkehr. Unter den Personenkraftfahrzeugen befanden sich 22 457 = 26,9 v. H. Krafttraber, deren Zahl gegen das Vorjahr um 2132 = 10,5 v. H. zugenommen hat. Unter den 9 739 Lastkraftfahrzeugen waren dagegen nur 100 = 1,0 v. H. Krafttraber, deren Zahl gegen das Vorjahr um 23 = 18,7 v. H. abgenommen hat. Von den Personenkraftfahrzeugen wurden 1508 = 1,8 v. H. im Dienste öffentlicher Behörden, 7451 = 8,9 v. H. als Droschken, 927 = 1,1 v. H. als Omnibusse, 32 438 = 38,9 v. H. im Handelsgewerbe oder in sonstigen Gewerbebetrieben, 973 = 1,2 v. H. für land- und forstwirtschaftliche Zwecke, 9689 = 11,6 v. H. für andere Berufsarten, z. B. von Ärzten, Feldmessern usw. und endlich 30 399 = 35,5 v. H. für Vergnügungs- und Sportzwecke verwendet. Die Lastkraftfahrzeuge sind seit dem Vorjahr von 7704 auf 9739 gestiegen, haben also einen Zuwachs von 2035 = 26,4 v. H. gehabt. Im Handelsgewerbe und in sonstigen gewerblichen Betrieben fanden von ihnen 8799 = 90,4 v. H. Verwendung, 6105 = 63,3 v. H. Lastkraftwagen hatten ein Eigengewicht bis zu 2,5 t, 1400 = 14,5 v. H. ein solches über 2,5 bis 3,5 t und 2134 = 22,2 v. H. über 3,5 t.

In der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 haben 24 647 ausländische Kraftfahrzeuge, gegen 22 326 im Vorjahre, die Reichsgrenze überschritten. Die Zunahme betrug somit 2321 Kraftfahrzeuge = 10,4 v. H. Es befanden sich unter ihnen 1522 Krafttraber und 23125 Kraftwagen. Von diesen dienten 22 883 zur Personen- und 232 zur Lastenbeförderung. Aus Oesterreich-Ungarn stammten 7000 = 28,6 v. H. Kraftfahrzeuge, aus der Schweiz 2962 = 12,0 v. H., aus Frankreich 7685 = 31,2 v. H., aus Belgien 1873 = 7,6 v. H., aus den Niederlanden 2268 = 9,2 v. H. und aus den Vereinigten Staaten von Amerika 342 = 1,4 v. H. Den stärksten Verkehr wies, wie alljährlich seit der ersten Zählung am 1. Januar 1907, der Monat August mit 5424 Kraftfahrzeugen auf, ihm folgte der Monat Juli mit 4193 Fahrzeugen, der September mit 3222, und den geringsten Verkehr wies der Monat Januar 1913 mit 496 Kraftfahrzeugen auf.

In der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1913 gelangten 11 785 schädigende Ereignisse beim Verkehr mit Kraftfahrzeugen zur amtlichen Kenntnis, an denen 12 772 Kraftfahrzeuge beteiligt waren. Von den Führern der Kraftfahrzeuge konnten 11 974 = 93,7 v. H. ohne weiteres festgestellt werden, 190 = 1,5 v. H. machten einen Fluchtversuch und 608 = 4,8 v. H. entzogen sich ihrer Feststellung. Von den Kraftfahrzeughaltern wurden 12 464 = 97,6 v. H. ermittelt und 308 = 2,4 v. H. nicht ermittelt. Bei den Unfällen wurden 6313 Personen verletzt und 504 getötet. Unter den Verletzten befanden sich 503 = 8,0 v. H. Führer, 1187 = 18,8 v. H. Insassen der Kraftfahrzeuge und 4623 = 73,2 v. H. dritte Personen. Unter den Getöteten waren 34 = 6,7 v. H. Führer, 61 = 12,1 v. H. Insassen der Kraftfahrzeuge und 409 = 81,2 v. H. dritte Personen. Der entstandene Sachschaden betrug 2 771 688 Mk. gegen 2 261 283 Mk. im Vorjahre. Von dem Sachschaden entfielen 2 311 794 Mk. = 83,4 v. H. auf Schäden, welche die Kraftfahrzeughalter erlitten und 459 894 Mk. = 16,6 v. H. auf dritte Personen. Von den 608 Kraftfahrzeugführern, welche nach eingetretenem Unfall flüchteten, wurden 356 nachträglich ermittelt, so daß 252 Führer unbekannt blieben. Bei dieser Art von Unfällen wurden 129 Personen verletzt, vier getötet und ein Sachschaden von 11 055 Mk. herbeigeführt.

Von den an den Unfällen beteiligten Kraftfahrzeugen dienten 11 078 dem Personenverkehr. Es entfielen somit auf 100 Personenkraftfahrzeuge 133, die an den Unfällen beteiligt waren. Im Lastenverkehr stellt sich diese Zahl auf 16,8. Am ungefährlichsten haben sich auch diesmal die Personenkrafttraber erwiesen, welche nur mit 1,1 v. H. an den Unfällen teilnahmen. Am lästigsten, nämlich mit 25,8 v. H., waren Personenkraftwagen mit 16 bis 40 PS an den Unfällen beteiligt. Unter Berücksichtigung des Verwendungszweckes ergab sich, daß die Kraftdroschken mit 66,4 v. H. und die Kraftomnibusse mit 79,2 v. H., die Vergnügungs- und Sportzwecken dienenden Kraftwagen mit 12,5 v. H. und die im Dienste öffentlicher Behörden benutzten Personenkraftwagen mit 11,4 v. H. an den Unfällen teilnahmen, im Lastenverkehr mit 16,2 v. H.

## Die deutschen Kaisermanöver 1914.

II.

Der strategische Charakter der diesjährigen Kaisermanöver bedingt, daß beide Armeen reichlich mit technischen Formationen zur Aufklärung ausgestattet werden. Ausgänge und Luftschiffe werden in erhöhter Zahl Verwendung finden, Kraftwagen und Krafttraber, Panzer- und Lichtsignal-Abteilungen werden zur Verfügung gestellt, die Truppen bis zu den Kompanien usw. herab kriegsmäßig mit Fernverhöhrgerät ausgerüstet werden.

Das anzulegende neutrale Fernsprechnetz, welches den Zweck der Manöverleitung dient, muß ein ausgedehntes Gebiet umspannen, weil das eigentliche Kampfgebiet im voraus nicht zu bestimmen ist.

Die Intendantur hat die rechtzeitige Verpflegung bedeutender Truppenmassen sicherzustellen, es werden ihr dazu besondere Verpflegungscolonnen und Lastkraftwagencolonnen zur Verfügung stehen.

Da die Verpflegungslage sich ebensowenig wie die tatsächliche Lage voraussagen läßt, sondern sich lediglich aus den auf Grund der Entschlüsse der Führer gegebenen Annahmen ergibt, werden die Intendantur-Beamten sich vorwiegend, aber auch sehr lehrreiche Aufgaben gestellt haben. Die Infanterie wird zwar mit Feldküchen ausgestattet, trotzdem werden die aus der Verarmung, Unterbringung und Verpflegung so großer Massen sich ergebenden

Schwierigkeiten erheblich sein. Die Kriegsmäßigkeit der Manöver kann dadurch nur gewinnen.

Eine besondere Einschränkung der Bewegungsfreiheit der Zuschauer im Manöver ist durch die Leitung nicht beabsichtigt. Es wird auf ein verständnisvolles Eingehen auf die Begehren der Festgondarmen geachtet, die lediglich den Zweck verfolgt, eine Störung der Beobachtbarkeit zu vermeiden und unangelegte Zuschauen zu verhindern.

Andererseits werden die Gendarmen aber auch angewiesen werden, den Zuschauern die Möglichkeit einer guten Beobachtung des Manöververlaufes zu geben.

Dagegen werden auch in diesem Jahre die für die Truppenbewegungen nötigen Straßen für Privatkraftwagen gesperrt werden, da sonst Truppen und Zuschauer erheblich belästigt werden und die Verpflegung der Truppen in Frage gestellt werden kann.

Im Interesse der kriegsmäßigen Bewertung der Luftaufklärungsergebnisse wird das Ueberfliegen des Manövergebietes durch Privatflugzeuge verboten sein.

Die Manöverleitung wird es sich angelegen sein lassen, durch rechtzeitige Mitteilungen durch die Presse und im Manövergebiet durch die Gendarmen die Teilnahme der Bevölkerung an den Manövern zu erleichtern, sie muß aber auch Unterstützung in allem finden, was dem kriegsmäßigen Verlauf dient, der in diesem Jahre wichtig ist.

## Universitäts-Nachrichten.

In der Zeit vom 4.—8. d. Mtz. unternahm Herr Professor Dr. Schwan mit dem praktisch-theologischen Seminar eine Studienfahrt nach Basel zur Befichtigung der dortigen Missionsanstalt. In einem zweitägigen Kursus wurden hier die Teilnehmer an der Fahrt durch eine Reihe von Vorträgen in die Arbeit des Missionsdienstes, in die Geschichte und Probleme der modernen Mission eingeführt. Daran schloß sich dann noch ein Besuch der nahe bei Basel gelegenen Pilgermissionsanstalt Chrißgona.

Der Privatdozent in der Berliner Juristenfakultät, Landrichter a. D. Dr. jur. Georg Kuttner hat einen Ruf als ordentlicher Professor für Zivilrecht und Rechtsvergleichung an die Universität Frankfurt a. M. erhalten und angenommen.

Der ordentliche Professor des römischen Rechts an der Deutschen Universität in Prag, Dr. jur. Paul Kofchaker hat einen Ruf an die Frankfurter Universität erhalten.

Wie verlautet, hat der bekannte Vertreter des öffentlichen Rechts in der Bonner Juristenfakultät, Geh. Justizrat Volcker Dr. jur. Witalied des Verrenhanes und Kronsanitätsrat, mit Rücksicht auf seinen leidenden Gesundheitszustand seine Emeritierung zum kommenden Wintersemester beantragt.

Der Ordinarius der Geschichte an der Berliner Universität Geh. Hof-Professor Dr. phil. et jur. Otto Pöhl hat einen Ruf nach Fribourg a. Fr. erhalten.

Der Professor der Kunstgeschichte an der Freiburger Universität Dr. Paul Voege hat einen Ruf an die Universität Frankfurt a. M. erhalten, aber abgelehnt.

Professor Dr. Alexander Tornquist, Ordinarius der Geologie und Paläontologie an der Universität Königsberg i. Pr., hat einen Ruf an die Technische Hochschule in Graz angenommen.

## Schwurgericht.

th. Gießen, 10. Juni.

Unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelte heute das Schwurgericht gegen den 25jährigen verheirateten Tagelöhner Wilhelm Roth aus Lauterbach wegen Mordtats, begangen an einer Taubstummen auf der Straße Kirchborn-Lauterbach. Die Anklage vertrat Rechtsanwalt Knauf. Die Verteidigung führte Rechtsanwalt Wolf. Es waren in der Verhandlung 9 Zeugen zu hören. Zur Verhandlung mit der durch die Tat Verletzten war ein Dolmetscher zur Stelle. Die Geschwornen brachten die Schuldfrage aus § 177 d. StGB. bewilligten aber dem Täter auch mildernde Umstände, worauf der Gerichtshof auf 1 Jahr 2 Monate Gefängnis erkannte.

## Gerichtssaal.

m. Pich, 10. Juni. (Schöffengericht.) Der Arbeiter Fr. S. hatte am 2. Oktober d. J. den angestammten Tagelöhner R. M. mit einem Stock mißhandelt. Urteil 25 Mark Geldstrafe oder 5 Tage Gefängnis. Der Schreiner W. D. wurde wegen Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von 8 Mark oder 2 Tagen Gefängnis verurteilt. Wegen Verleumdung, Bedrohung und Körperverletzung erhielt der Tagelöhner R. M. eine Gesamtstrafe von 8 Wochen Gefängnis. Er hatte den 78 Jahre alten Kammerdiener M. abends ohne jegliche Veranlassung auf der Straße mit allen möglichen Schimpfworten beleidigt, bedroht und später auch mißhandelt.

h. Frankfurt a. M., 10. Juni. Bahmann, der wegen Verleumdung des Magistrats und verschiedener Verze zu einem Jahr Gefängnis verurteilt wurde, hat auf Revision verzichtet und seine Strafe bereits angetreten.

h. Bad Domburg a. d. D., 10. Juni. Zwei bemerkenswerte Prozesse, die seit langem die Bürgerstadt beschäftigten, wurden gestern und heute vor den Gerichten zu Ende geführt. Vor dem Hauptbahnhof liegt seit dessen Erbauung eine große Fläche Landes, das die Stadt den Weibern, als diese sich nicht mit dem städtischen Gebotenen Preise von 5—6 Mark pro Quadratmeter einverstanden erklärten, sondern 30—35 Mark forderten, enteignet. Der dazwischenliegende Prozess schwebte sechs Jahre, beschäftigte alle möglichen Instanzen und endete gestern durch Urteil des Frankfurter Oberlandesgerichtes mit der Niederlage der Stadt. Diese wurde verurteilt für das Quadratmeter 20—24 Mark zu zahlen. Außerdem trägt sie die sehr erheblichen Kosten. — Im zweiten Falle handelt es sich um den sogenannten Quellenstreit. Ueber die neuerborenen Quellen war es im letzten Sommer zwischen dem Stadthauptmann Meyer und dem Quellenbohrer Dr. Roth (Frankfurt) zu erhitzten Streitigkeiten gekommen, die schließlich zu wechselseitigen Beleidigungsklagen führten. Der Richter schloß im Termin einen Vergleich vor, was denn auch geschah. Beide Parteien erklärten, daß sie sich nicht beleidigen wollten, und zeigten sich in die Kosten.

## Entschiffahrt.

Erfolg eines französischen Fliegers. Paris, 10. Juni. Der Flieger Silberer hat vorgestern und gestern einen Flug rund um Frankreich ausgeführt und in 39 1/2 Stunden über 3000 Kilometer zurückgelegt.

## Dermisches.

\* 24 Kinder spurlos verschwunden. Aus Frankfurt a. M., 9. Juni, wird gemeldet: Um eine vom Schlachthof verschwandene lebendige Kuh, die wegen hochgradiger Tuberkulose abgeschlachtet und verbrannt werden sollte, ist ein hochnotwendiges Verfahren eröffnet worden. Die Schlachthofverwaltung sucht, der Magistrat sucht, die zuständigen hiedratischen Deputierten suchen, der Staatsanwalt sucht, doch die Kuh ist verschwunden, seit vierzehn Tagen schon. Selbst eine ausgiebige Debatte im Stadtparlament vermochte nicht über die Kuh ansündig zu machen. Jetzt hört

man, daß außer der Kuh auch noch 23 Ochsen abhanden gekommen sind. Diese befanden sich bei einem Transport feuchterwässelter Ochsen und wurden auf einem bisher nicht ermittelten Bahnhofsengeladen, als den Transporteur bekannt wurde, daß im Frankfurter Schlacht- und Viehhof die Maul- und Klauenseuche ausgebrochen sei.

\* Beifällig. Raub: „Jads Aufmerksamkeit scheinen dir zu gefallen. Warum beiratest du ihn nicht?“ Marie: „Weil mir seine Aufmerksamkeit gefaßt.“

## Kleine Tageschronik.

— Wie die „Donziger Zeitung“ meldet, geriet der Kommandeur des Trains des 1. 17. und 20. Armeekorps, Oberst Schöler, bei einem abendlichen Ritt unter einem Eisenbahnzug und wurde getötet. Schöler war bis zu seiner am 20. April 1913 erfolgten Beförderung nach Danzig Kommandeur des 8. Manenregiments in Gumbinnen.

## Märkte.

fr. Frankfurt a. M. Vieh- und Marktbericht vom 11. Juni. Auftrieb: Rinder 59, Ochsen 25, Bullen 2, Kühe und Färsen 32, Kälber 102, Schafe 72, Schweine 1737.

Zudem: Kühe und Färsen geräumt, Kälber schleppend, Schafe rege, Schweine leichte Ware gesucht, schwere weniger begehrt, bleibt Ueberstand.

Rindvieh		Schafe	
Stück	Preis	Stück	Preis
Feinste Mastkühe	60-64	100-107	
Mittlere Mast- und beste Saugkühe	53-56	90-95	
Bestere Mast- und gute Saugkühe	48-51	81-86	
Geringere Saugkühe	44-47	75-80	

Stallnachricht: Mastlamm und jüngere Mastlamm 41 43 90-92

Fleischschafe Schweine von 90-100 kg Lebendgewicht 45,00-47,50 53,00-60,00

Fleischschafe Schweine unter 90 kg Lebendgewicht 44,00-47,00 56,00-59,00

Vollfleischige Schweine von 100-120 kg Lebendgewicht 45,00-48,00 56,00-59,00

Vollfleischige Schweine von 120-150 kg Lebendgewicht 45,00-48,00 56,00-59,00

fr. Wiesbaden. Vieh- und Marktbericht vom 10. Juni. Auftrieb: Rinder 35, Ochsen 8, Bullen 12, Kühe und Färsen 75, Kälber 22, Schafe 13, Schweine 426.

Beim Auftrieb: Rindvieh, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes im Alter von 4-7 Jahren 49-53 88-93

Junge, fleischige, nicht ausgewählte und ältere ausgewählte 48-51 85-92

Mäßig genährte junge und gut genährte ältere 44-48 78-85

Kühe, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes 42-45 72-78

Fleischschafe, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes 39-41 68-71

Fleischschafe, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes 46-51 82-90

Fleischschafe, ausgewählte, höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 39-43 70-77

Bestere ausgewählte Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe 42-45 76-82

Mäßig genährte Kühe und Färsen 34-38 82-88

Gering genährte Kühe und Färsen 29-33 58-62

Kälber, feinste Mastkühe 63-66 106-110

Mittlere Mast- und beste Saugkühe 55-60 92-100

Geringere Mast- und gute Saugkühe 51-55 85-92

Geringe Saugkühe 47-50 80-86

Wiedermastkühe: Mastlamm und Mastlamm 44,50-45,50 92-91

Fleischschafe Schweine von 80-100 kg Lebendgewicht 45-47 58-60

Fleischschafe Schweine unter 80 kg Lebendgewicht 44-46 57-59

Vollfleischige Schweine von 100-120 kg Lebendgewicht 45-48 58-60

Vollfleischige Schweine von 120-150 kg Lebendgewicht 44-45 55-58

Fettschweine über 150 kg Lebendgewicht 40-42 50-53

fr. Wiesbaden, 10. Juni. Getreide- und Strohmarkt. Angefahren waren: 8 Wagen Getreide, 10 Wagen mit Stroh. Man notierte: Den höchsten Preis 3,80 Mk., niedrigsten Preis 3,00 Mk., Durchschnittspreis 3,41 Mk. Stroh (Nichtstroh) höchster Preis 0,90 Mk., niedrigster Preis 0,60 Mk.; Durchschnittspreis 0,70 Mk. Krummstroh höchster Preis 2,20 Mk., niedrigster Preis 1,90 Mk.; Durchschnittspreis 2,05 Mk. — Fruchtmarkt. Ocker höchster Preis 9,50 Mk., niedrigster Preis 9,30 Mk.; Durchschnittspreis 9,58 Mk. Alles für 50 Hilo.

Limburg a. d. Lahn, 10. Juni. Fruchtmarkt. Durchschnittspreis pro Walter, Moler Weizen (Mastweizen) 17,20 Mk., weißer Weizen (angebaut Fremdboden) 16,70 Mk., Korn 13,10 Mk., Gerste (Winter) 0,60 Mk., Braugerste 0,60 Mk., Daler 9,00-0,90, Mk., Erbsen 0,90 Mk., Kartoffeln 50 Hilo 0,90-0,80 Mk., Butter das Pfund 1,10-0,90 Mk., Eier das Stück 7 Hla.

## Kirchliche Nachrichten.

### Israelitische Religionsgemeinde.

Gottesdienst in der Synagoge (Süd-Anlage). Samstag, den 13. Juni 1914: Vorabend: 7.45 Uhr. Morgen: 8.30 Uhr. Nachmittags: 4.00 Uhr. Schriftklärung. Sabbatausgang: 9.35 Uhr.

### Israelitische Religionsgesellschaft.

Gottesdienst. Sabbatfeier am 13. Juni 1914: Freitag abend 8.00 Uhr. Samstag vormittag 8.00 Uhr. Samstag nachmittag 4.00 Uhr. Sabbatausgang 9.35 Uhr. Wochengottesdienst: Morgens 6.00, abends 7.30 Uhr.

### Mütterliche Vorkursanstalt.

Wahlerwarme der Lahn am 11. Juni 11 R. Verantwortlich für „Aus Stadt und Land“ i. B.: R. Neurath.

Im Sommer ist auf die Ernährung Ihres Säuglings besondere Sorgfalt zu verwenden. Darmschwäche treiben in dieser Zeit häufiger auf, weil die Nahrung im Darm der Mutter schneller in Gärung übergeht. Wenn Sie Ihr Kind jedoch mit „Mutter- und Milch“ ernähren, so beugen Sie in wirksamer Weise den gefährlichsten Darmschwächen vor.

762hv

# Wildunger Helenerquelle

bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiss.

1913: 14 664 Badegäste Fürstliche Wildunger Mineralquellen A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei 1913: 2 278 876 Flaschen Versand



# Günstige Kaufgelegenheit für die Reise

Wegen vorgerückter Saison habe ich in den unten aufgeführten Artikeln grössere Partien im Preise

## ganz bedeutend zurückgesetzt

Ich mache ganz besonders darauf aufmerksam, dass es sich hauptsächlich um **Neuheiten dieser Saison und um bessere und ganz teure Sachen handelt und zwar**

### Wollene Kostüme in feinsten Verarbeitung

**Wollene Kleider** in Crêpe und Voile — **Gesellschafts-Kleider** in Seide, Wolle und Tüll — **Blusen** in Seide und Tüll — **Kostüm-Röcke** in blau, schwarz und englischer Art — **Englische Mäntel** in farbigen Stoffen

Die zurückgesetzten Artikel sind auf Extra-Ständern übersichtlich sortiert.

7000a

# Modewarenhaus Carl Nowack

## Grösstes Spezial-Haus in Oberhessen

Vertretungen:  
**Steinway & Sons, Bechstein,**  
Berdux, Feurich, Hofberg, Kuhse,  
Mannborg, Neumeyer, Perzina,  
Rönisch, Schiedmayer, Thürmer

# Pianinos

400 bis 1700 Mk.

# Flügel

1200 bis 3300 Mk.

# HARMONIUMS

36 bis 1000 Mk.

Nur anerkannt gute Fabrikate. Höchste Barabatt  
Kleinste Raten  
Langjährige Garantie. Probelieferung überallhin

**Zu vermieten:** Pianinos  
Flügel  
Harmoniums  
monatlich 2 bis 30 Mk.  
Bei Ankauf eines gemieteten Instrumentes  
Gutschrift der Miete laut besond. Bedingungen

Pianola, Phonola u. Phonola-Piano  
1250 und 950 Mk. 2150-2650 Mk.

Gespielte Pianinos, Flügel u. Harmoniums  
sind meistens in größ. Zahl vorrätig (30-1200 Mk.)

Grosse Reparatur-Werkstätte  
für Flügel, Pianinos u. Harmoniums

Klavierstimmen. Aufpolieren von Pianos

# Wilh. Rudolph

Grossh. Hess. Hoflieferant  
Fernspr. 389 Giessen Seltersweg 91

*Nigrin* sollan Din für  
minn  
Tifufu warronmin!



Schuhputz Nigrin färbt auch bei  
Regenwetter nicht ab.  
Alleiniger Fabrikant:  
Carl Gentner, Göpplagen.

Vom unterzeichneten Verlag, sowie durch den  
Buchhandel zu beziehen:

## Wanderungen und Schifahrten rund um Gießen

Preis 1 Mark

Das Büchlein kommt einem wirklichen Bedürf-  
nis nach, wie schon eine kurze Einsichtnahme  
in das Inhaltsverzeichnis aufweist. Es sind  
zusammengestellt und in knapper Form be-  
handelt:

Wanderungen in Gießens nächster Umgebung  
mit Sonntagsfahrkartenverzeichnis, Wege-  
bezeichnungen in der Umgebung von Gießen  
20 Hauptlinien des V. H. C.

Wanderungen in Kurhessen, im Vogelsberg,  
im Westerwald und im Taunus

Mehrtägige Wanderungen  
Schneeschuhwanderungen im Vogelsberg und  
Westerwald

— Karte des Wanderungsgebietes —

Verlag der Brühl'schen Universitäts-  
Buch- und Steindruckerei · R. Lange  
Fernsprecher 51 · Giessen · Schulstrasse 7

## Färberei Braubach & Fischer

### Chemische Waschanstalt

Seltersweg 79a, Tel. 627 Neuenweg 4, Tel. 553

Gegründet 1848

Grösster Betrieb der Branche in Hessen

125 Angestellte

Wir erlauben uns, die Besucher der Gewerbe-  
Ausstellung auf unseren Pavillon im Garten  
aufmerksam zu machen. (Katalog Nr. 230.)

## Betrin-Tabletten

04004

Bei Rheumatismus u. Gicht sind jetzt in allen Apotheken  
hier in Gießen, sowie auch in den auswärtigen zu haben.  
Sicher wirken! Vollständig unschädliches Mittel!  
Saugdepot bei Herrn Apotheker Schwicker in Gießen

Prima Speise-Kartoffeln  
in den verschiedensten Sorten,  
vorzähgl. Koch-, empfl. billigh  
Heinrich Trechler, Stein-  
strasse 48. [1900] Teleph. 581.

## Halsfreie Sporthemden

Schillerform weiß u. farbig, Mk. 6.—, 3.20  
5.—, 4.—, 3.75, 3.50

## Sport-Strümpfe

## Sport-Gürtel

## Sport-Kragen

## Netzrucksack „Gnom“

30 Gramm schwer, bequem in der West-  
tasche zu tragen. Stück Mk. 1.50

empfiehlt

## Julius Schulze

Kreuzplatz

Telephon 774

Braunfels a. d. Lahn Pension und Erholungsheim  
SILVANA, Erste Meier.  
Preis. 4.50-6.50. A. Nam. u. Beremb. von Mühlbach, Tel. 54